

Diskussion

Der Weg zur friedlichen Wende. Zur Krise der DDR und der SED¹

Heinz Niemann

1. Bestandteil der Systemkrise

Das „Neue Deutschland“ startete Anfang 2010 einen zaghaften Versuch, eine Debatte über die Ursachen des Untergangs vor 20 Jahren zu führen. Sie wurde mit einem Beitrag des Theologen und einstigen Bürgerrechtlers Friedrich Schorlemmer eröffnet, einem SPD-Mitglied. Der essayistische Charakter seines Textes lenkt das Nachdenken in verschiedene Richtungen. Er leidet vor allem aber an folgenden Mängeln: Die DDR-Systemkritik wird nicht mit dem Blick auf die gegenwärtige Welt und Gesellschaft zusammengedacht. Die DDR wird nicht als früher Versuch einer anderen Weichenstellung erfasst, der die inzwischen weit über die sozialistisch/kommunistische Linke hinaus erkannte Fehlentwicklung des kapitalistischen Systems korrigieren wollte. Krise und Untergang der DDR sind aber nur als Teil der Implosion des mittel-osteuropäischen Frühsozialismus zu verstehen, die einen Bruch innerhalb der Epoche des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und des ersten Versuchs zur Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems darstellt. Auch kann man die (primären) inneren Widersprüche nicht von den äußeren negativen Einflüssen und Widersprüchen trennen, die es seitens des Westens wie auch der „Schutzmacht“ Sowjetunion und aufgrund des nicht funktionierenden Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gab. Die DDR wird nur von ihrem Ende her betrachtet, was eine wissenschaftlich-methodologisch nicht akzeptable Sichtweise ist. Das ist letztlich die Umkehrung des dem Marxismus-Leninismus unterstellten teleologischen Dogmas.

Faktisch falsch sind Behauptungen wie die von dem ungebrochenen nationalen Einheitswunsch und von der ständig fehlenden mehrheitlichen Zustimmung zur DDR-Gesellschaft. Selbst gegen Ende 1989 gab es noch eine knappe Mehrheit für den Erhalt der gesellschaftlichen Verhältnisse in einer erneuerten DDR.²

So richtig der Satz Schorlemmers ist: „Der Westen hat den Osten insbesondere ökonomisch ‚besiegt‘“, steckt die wichtigste Aussage in einem Nebensatz an anderer Stelle. Er schreibt dort: „Es ist richtig, dass die DDR unter dem festge-

1 Dem Artikel liegt der gekürzte und bearbeitete Text eines Vortrages auf der Konferenz zum Thema „1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen“, die am 31.10.2009 gemeinsam vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, von der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, der Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und von der Redaktion der „jungen Welt“ (Berlin) veranstaltet wurde, zugrunde.

2 Siehe Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.

schriebenen Führungsanspruch der SED keine politischen Alternativen zuließ, nicht einmal innerhalb dieser Partei, und jegliche Opposition kriminalisiert wurde.“³

Marxisten gehen selbstverständlich vom letztendlich bestimmenden Primat der Ökonomie aus; der Charakter der Produktionsverhältnisse und die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte bestimmen das Wesen der Politik und ihre Gestaltungsmöglichkeiten. Das dürfte unter ihnen unbestritten sein. Aber das gilt natürlich nur in der Dialektik von Basis und Überbau. In dieser Dialektik hat die Politik in dem Sinne das Primat, dass die Politik die für die Ökonomie günstigsten Voraussetzungen und Bedingungen schaffen muss. Auch hinsichtlich dieser objektiven Forderung haben die politischen Führer in der DDR total versagt. Dieser Typ von Führern entsprach dem anti-leninistischen, vom Stalinismus deformierten Parteytyp.

Entgegen dem öffentlich demonstrierten Selbstbewusstsein waren der SED-Spitze die Schwäche des Staates, seine ganze Fragilität angesichts des mächtigen Westteils des Landes und des zunehmend desolaten Zustands der eigenen Verbündeten durchaus bewusst. Die sichtbar werdende Krise der sowjetischen Führungsmacht und der dilettantische Reformversuch unter Gorbatschow erschienen ausschließlich als zusätzliche Gefährdung der eigenen Macht, nicht auch als kleine letzte Chance. Natürlich verlief der Reformprozess in der Sowjetunion katastrophal. Glasnost und Perestroika – schon in der Reihenfolge lag der entscheidende Fehler: Die immer hemmungslosere Aufdeckung (und dann noch Aufbauschung) von Fehlern, Mängeln, Privilegienmissbrauch usw. musste zum Kollaps führen, da jede wirksame Änderung, Besserung, neue Zuversicht fehlten. Man hätte mit der ökonomischen Reform beginnen, zuerst die Rüstungslasten radikal mindern, das wirtschaftspolitische Konzept mutig ändern und der Realität anpassen (Neue Ökonomische Politik/NÖP) müssen. Nötig wäre auch gewesen, Partei und Staat (die gewählten Sowjets) wieder ihren unterschiedlichen Funktionen entsprechend auseinanderzuidividieren, die Versorgung zu verbessern und die Privatinitiative zu fördern, kurz die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu reformieren und den Lebensstandard zu heben.

Es handelte sich bei der Krise der DDR um einen Bestandteil der Systemkrise des ganzen sowjetisch dominierten Lagers.

Diese Systemkrise entfaltete sich zeitlich leicht verzögert auch in der DDR über Etappen in dem Maße zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise, in dem sich die von der stalinistischen Erblast gehinderte Partei als weitgehend unfähig erwies, sich selbst zu reformieren. Das wäre die entscheidende Voraussetzung gewesen, die notwendige Gesellschaftsreform früh genug einzuleiten. So wurde aus Krisen einzelner Bereiche, beginnend in der Wirtschaft, eine gesamtgesellschaftliche Krise, die ihren Kern, ihre Hauptquelle in der führenden Partei hatte. In der en-

3 Friedrich Schorlemmer: Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat, in: Neues Deutschland, 5.1.2010.

gen Wechselwirkung von Partei- und Gesellschaftskrise spielte die Krise der Partei also die primäre Rolle. Erst ihre Fehlsteuerung in den Siebzigerjahren und im Perestroika-Prozess machte die Krise zur Existenzkrise, die zum Kollaps führte. Obwohl also die Krise in der DDR Teil der das ganze sowjetische Imperium erfassenden Krise war, gibt es m. E. einen nicht unwichtigen Unterschied gegenüber dem Charakter und den Triebkräften der Krise in anderen RGW-Ländern. Der oft beschworene friedliche Charakter der „Revolution“ in der DDR und die Tatsache, dass die neuen Bewegungen und Gruppen sich zunächst fast durchweg für den Erhalt der sozialistischen Grundlagen und für den Fortbestand einer reformierten DDR erklärten (und es in großer Mehrheit auch meinten), beweisen, dass die Krise nicht Folge eines innergesellschaftlichen antagonistischen Klassenwiderspruchs war. Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern, etwa zu Polen oder der Tschechoslowakei, waren pro-westliche und antisozialistische bürgerliche Kräfte und Ideologien anfänglich völlig marginal. Ohne die besondere Lage eines geteilten Landes und ohne die Konfrontation mit einem der höchstentwickelten, reichsten kapitalistischen Industriestaaten hätte eine prosozialistische Reformbewegung mit einer Partei des demokratischen Sozialismus in einem eigenständigen Land eine reale Chance für die Gestaltung einer sozialistischen rechtsstaatlichen Zivilgesellschaft gehabt.

Man kann Wesen und Verlauf der gesellschaftlichen Krise am zu langsamen, zu inkonsequenten und zeitweise gebremsten Prozess der Überwindung des Stalinismus illustrieren. Das Leninsche Parteimodell – erfolgreich in der Russischen Revolution und unmittelbar danach die entscheidende Grundlage für das Überleben Sowjetrusslands – funktionierte nur solange es einen Lenin und eine kollektive Führung gab. Der Ursprung des Scheiterns des erstens Versuchs zur Überwindung der kapitalistischen Weltherrschaft lag nicht zuletzt in der Vernichtung der Leninschen Partei durch Stalin und der Übertragung seines Parteimodells auf die kommunistische Weltbewegung.

Bei allen kleinen Fortschritten hinsichtlich der Loslösung und Überwindung des Stalinismus nach dem Tod Stalins und dem XX. Parteitag der KPdSU wirkte auch in der SED als Grundzug ein anti-leninistischer Parteityp weiter. Der Erhalt der DDR war für diese Nomenklatura-Spitze identisch mit dem persönlichen Machterhalt. Sie hatten sich nie demokratischen Wahlen in der Partei oder der Gesellschaft stellen müssen. Nun waren sie unfähig zum politischen Dialog, in jeder Beziehung überfordert und vergeist.

Genauso ist eine unbestreitbare Tatsache, dass es ohne die SED, ohne eine straff organisierte, zentralistisch-administrative Partei und ihren Apparat keine DDR gegeben hätte, keinen alternativen Gesellschaftsversuch bei offener Grenze und kein „zweites deutsches Wirtschaftswunder“ in den Sechzigerjahren. Danach wurde der auf vielen Gebieten eingeleitete und noch schwache Reformprozess durch das von der Honecker Führung reaktivierte stalinistische Parteiverständnis und die entsprechende Praxis abgebrochen. Sozialpolitische Fortschritte überforderten die Wirtschaft und wurden zunehmend auf „Pump“ finanziert. Jede

innerparteiliche Debatte um notwendige Alternativen im ökonomischen wie gesellschaftlichen Bereich, als es für grundlegende Korrekturen der Strategie und Taktik und der Gesellschaftspolitik eventuell noch reale Möglichkeiten gegeben hätte, wurde unterbunden. Demokratischer Zentralismus aber ist eine Erfolgsbedingung einer sozialistischen Programmpartei.⁴

Der damalige Spezialist für die DDR am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, Fred Oldenburg, zu dem der Verfasser seit Ende der Siebzigerjahre über zwei Jahrzehnte intensive wissenschaftliche Kontakte hatte, formulierte wohl als einer der ersten die dieser Sicht entsprechende Hypothese prononciert: „Die DDR ist an ihrem genetischen Defekt, am parteimonopolistischen System [...] zugrunde gegangen, dem gleichen Defekt, dem sie freilich überhaupt ihre Existenz verdankt.“⁵

2. Wende oder Revolution?

Die Zahl der Publikationen zu den Ursachen der Krise und des Zusammenbruchs der DDR ist inzwischen kaum noch überschaubar. Der Titel einer Studie, die bereits 1995 vorgelegt wurde, lautet: „Der rätselhafte Modus des DDR-Zusammenbruchs“.⁶ Bei allen Erwägungen und Ergebnissen dringt der Autor, sicher bedingt durch seine „westliche“ Außenansicht, mit seinem Erklärungsversuch nicht zum Kern, zur hauptsächlichen Ursache vor, obwohl er mit mancher Tatsache einiges vom „Rätsel“ entzaubert. Oskar Lafontaine nannte, als er mehr als ein Jahrzehnt später, im Oktober 2007, zu Gast beim „Marxistischen Forum“ war, drei Fragen, auf die Linke aus dem Westen immer noch auf Antworten wartet:

1. Welche Vorzüge, Errungenschaften wies der ostdeutsche Frühsozialismus auf?
2. Warum war die Wirtschaft auf vielen Feldern zu schwach und ineffektiv?
3. Welche Mängel und Defizite hatte die DDR-Gesellschaft und weshalb?

Die Fragen 2 und 3 zielen auf die entscheidenden Ursachen und das Wesen der Krise der DDR und der SED. Welche hauptsächlichen Erklärungsmuster liefert die bisherige herrschende Historiografie?

Verallgemeinernd kann man sagen, dass fast alle Experten den wirtschaftlichen Kollaps als Ursache betrachten. Er resultierte aus dem Versagen des Marxismus-Leninismus, der – manchmal direkt mit Stalinismus gleichgesetzt – als die ideo-

4 Im „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ gibt es von Ulla Plener einen hervorragenden Artikel „Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“, worin sie insbesondere Lenins Auffassung darlegt, der ein zutiefst demokratisches Disziplinverständnis vertrat und praktizierte. (Siehe JahrBuch, 2009/II, S.56-67, hier S.60-64).

5 Fred Oldenburg: Die Implosion des SED-Regimes. Ursachen und Entwicklungsprozesse, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1991, Nr. 10, S.35.

6 Frank Wilhelmy: Der rätselhafte Modus des Zusammenbruchs der DDR (hefte zur ddr-geschichte Nr. 34) Berlin 1996.

logische Quelle der Niederlage betrachtet wird. Martin Sabrow bringt es auf die Formel: „Das vergangene Säkulum ist das Jahrhundert der großen Ordnungsentwürfe von Faschismus, Kommunismus und Liberalismus, deren Konkurrenz am Ende der demokratische Rechtsstaat so unangefochten für sich entschieden hat, dass er heute nicht mehr als ‚System‘, sondern als selbstverständliche Organisationsform der zivilgesellschaftlichen Moderne des 21. Jahrhunderts vor uns steht.“⁷

Dem christlichen Menschenbild verhaftete Vertreter verweisen auf den „alten Adam“, meinen: das sozialistische/kommunistische Menschenbild sei falsch, eine nicht auf dem Privateigentum, dem Streben nach Gewinn, dem individuellen Egoismus usw. beruhende Gesellschaft sei illusionär, weil der „neue Mensch“, auf den das sozialistische Projekt setze, nicht zu haben sei. Im Grunde läuft auch dies auf die Ökonomie, auf die Abschaffung der privatkapitalistischen Marktwirtschaft als Ursache des Untergangs hinaus. Der Versuch, den Menschen „zu erziehen“ und für die sozialistische Wirtschaft sozusagen „tauglich“ zu machen, führe aber – so unter etlichen anderen Christoph Kleßmann – notwendigerweise zu Diktatur und Unrecht. An fehlender Demokratie sei die DDR gescheitert. Die Arbeiterbewegung wurde „nach ihrer Zerschlagung im ‚Dritten Reich‘ [...] zum zweiten Mal, wenn auch in ganz anderer Weise, Opfer einer Parteidiktatur.“⁸ Einen Hinweis auf die Motive solcher „Zerschlagung“ sucht man vergebens. Generell wird kaum gesagt, was unter „Demokratie“ zu verstehen wäre, aber meist wird selbstverständlich das bürgerliche, konkurrierende Parteiensystem unterstellt.

Eine nur bedingt modifizierte Position verweist auf die Protektion und Bestandsgarantie der Sowjetunion, ansonsten sei die DDR nur ein nicht lebensfähiges, von der Bevölkerung mehr ertragenes als getragenes Unrechtsregime der deutschen Kommunisten gewesen, das notwendigerweise zusammenbrechen musste, als in den Achtzigerjahren die Sowjetunion aus einer Stütze zur größten Belastung für die DDR wurde.⁹ Das reduziert das Scheitern auf das Versagen der Sowjetunion, womit eine rein machtpolitische Entscheidung der noch bis 1991 bestehenden UdSSR zur Ursache würde.

Im alltäglichen Geschichtsbild von Akteuren der Wende herrschen oberflächliche subjektive Erklärungsmuster vor: Verweigerung der Politbüro-Größen gegenüber der Perestroika, Unfähigkeit zur effektiven Wirtschaftsführung, oppositionelle Friedens- und Ökologiebewegung, Wahlbetrug, verstärkte Repression gegen Kritiker, Medienpolitik, Resignation und Verweigerung bei immer zahlrei-

7 Martin Sabrow: Die DDR in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Deutschland Archiv (DA), 2008, H. 1, S.129.

8 Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007, S.19f.

9 Siehe Klaus-Dietmar Henke: „Aufarbeitung verstärken, Gedanken vertiefen“. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gedenken an zwei Diktaturen, in: DA, 2007, H. 6, S.1052-1055, hier S.1053; Hermann Wentker: Äußerer Prestigegewinn und innere Zwänge. Zum Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik in den letzten Jahren der DDR, in: ebenda, S.999-1006, hier S.1001, 1003.

chere SED-Mitgliedern in Partei- und Machtorganen, Versorgungsengpässe, die Grenzöffnung durch Ungarn u. a. Erich Honeckers Verratsvorwurf an Michail S. Gorbatschow ignoriert die objektiven Tatbestände, die dem Versagen (bzw. dem „Verrat“) vorausgingen.¹⁰

Unbestritten spielten Stagnation und Niedergang der Wirtschaft eine wesentliche Rolle. Abgesehen von den wesentlich schlechteren Ausgangsbedingungen im Osten, den bekannten Belastungen durch Reparationen, Besatzungskosten, Rüstungsverpflichtungen, dem Versagen des RGW und den Behinderungen durch Wirtschaftskrieg und Embargo sowie der vorrangigen Bindung der DDR-Wirtschaft an fast durchweg rückständige Volkswirtschaften kam es seit Mitte der Siebzigerjahre zu zusätzlichen Belastungen durch die Ölpreisexplosion und den allgemeinen Verfall der Preise für Investitionsgüter.

Durch die widersinnige Subventionspolitik (auf 100 Mark bezogen, wurden 84 Mark leistungsunabhängig vergeben), die sich jährlich auf rund zwei Milliarden Mark summierte, ging dem Staatshaushalt in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR jeweils etwa ein Viertel durch Verschwendung, Missbrauch und Wegkauf verloren. Zusätzlich kam es seit 1983 zu einem Kreditstopp gegen alle osteuropäischen Staaten, die infolge eines hohen Zinsniveaus fast alle (außer Rumänien) zahlungsunfähig wurden, Polen bereits 1981. (Die DDR, die Polen mit 250 Millionen zu helfen versuchte, wurde davor durch den bekannten, von Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit bewahrt.) Während die Weltmarktpreise für DDR-Exporte sanken, ihre Schuldnerländer nicht zahlten, verringerte sich der Exporterlös, der von einer DDR-Mark erzielt wurde, von bisher etwa 45 auf 25 Pfennige West.¹¹

Martin Sabrow, sicher einer der klügsten Köpfe unter den Zeithistorikern, fasst seine Schlussfolgerung wie folgt zusammen: „Weder der Versprecher Günter Schabowskis noch die Beistandsaukündigung Michael Gorbatschows und auch nicht die Macht der Bürgerbewegung oder die außenwirtschaftliche Schuldenkrise haben den wichtigsten Beitrag zum fast widerstandslosen Zusammenbruch des Regimes geleistet, sondern das spätestens mit den Siebzigerjahren einsetzende Zusammenspiel von äußerer Zivilisierung und innerer Erosion des kommunistischen Projekts.“¹² An dieser Einschätzung ist zumindest das (sicher unbeabsichtigte) Eingeständnis sympathisch, dass es sich bei der sogenannten Wende nicht um eine wie auch immer bezeichnete „Revolution“ gehandelt hat, sondern um eine Implosion, um einen widerstandslosen Zusammenbruch.

Die von einem bekannten Kabarettisten sinnigerweise als „Kehre“ bezeichnete Wende war in der Tat eine Restauration der kapitalistischen bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, die Rückkehr auf einen anderen Pfad der westeu-

10 Erich Honecker: Moabiter Notizen, Berlin 1994, S.20.

11 Siehe Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.34-56; Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989. Daten, Methoden, Vergleiche. Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln 2009.

12 Sabrow, DDR in der Geschichte, S.130.

ropäischen Moderne und ihrer Zivilgesellschaft, wie sie sich nach 1968 auch in der BRD – nicht ohne Einfluss der DDR – entwickelt hatte. Wohlgemerkt: Rückkehr, denn dies einfach mit Rückschritt gleichzusetzen, machte die Sache wieder zu einfach. Der volkstümliche Begriff der „Wende“ als Folge der Implosion des frühsozialistischen Systems hat insofern etwas für sich, weil er anschaulich beschreibt, dass die DDR in eine Sackgasse geraten war, aus der man umkehren musste. Das gilt auch für diejenigen, die erneut nach einem antikapitalistischen Weg suchen. Die Chancen, aus dieser Sackgasse nach vorn auszubrechen, sie progressiv zu überwinden, waren in den Jahren zuvor verspielt worden.

Marxisten bleiben zumeist dabei, den Revolutionsbegriff mit dem des gesellschaftlichen Fortschritts zu verbinden. Allein aus der völligen Umwälzung der politischen Strukturen und Machtverhältnisse abzuleiten, es habe sich um eine Revolution gehandelt, setzt einen anderen Revolutionsbegriff voraus. Aus einer Schnellzuglokomotive der Geschichte wird in dieser Logik eine Rangierlok. Vielleicht resultieren die inhaltlichen wie begrifflichen Schwierigkeiten daraus, dass es sich um eine zweifache Wende gehandelt hat. Einer ersten nach „links“ (mit einer vielleicht als „revolutionär“ zu charakterisierenden Vision von einer reformierten DDR) und nach der Maueröffnung einer zweiten Wende nach „rechts“ (mit kaum zu leugnenden restaurativ-konservativen Elementen).

Dafür findet sich bei einigen Autoren der Begriff der „abgebrochenen Revolution“. 1990 hat Friedrich Schorlemmer wohl in etwa das gemeint, als er sagte, die letzte Rache der SED sei die überraschende Öffnung der Grenze gewesen. „Sie hat uns nämlich damit um unsere Revolution betrogen.“¹³ Für diesen „Wimper Schlag der Geschichte“, die wenigen Wochen des Wandels vom Oktober 1989 bis zur Installation der „Allianz für Deutschland“ vor den Märzahlen 1990, könnte man den Begriff der „demokratischen Revolution“ akzeptieren. Mit dem Sieg der Kohl-Partei am 18. März 1990 war diese „demokratische Revolution“ beendet, war abgebrochen. Denn die unter dem massiven Einfluss des Westens stattfindenden ersten geheimen Wahlen ebenfalls unter den Begriff „demokratischen Revolution“ einzuordnen, macht diesen mehr als fraglich.

So ist es nicht zufällig, dass im Zusammenhang mit der „zweiten Wende“ eine allgemeine Zurückhaltung bei der Frage herrscht, welche Einflüsse vom Westen ausgingen. Schließlich gab es nicht nur die „freie Berichterstattung freier Medien“, sondern die klare Ankündigung des neu gewählten Präsidenten der USA Georg Bush sen. vom Januar 1989, die europäische Spaltung zu überwinden, also Koexistenz und Status quo als bisherige Grundlagen der US-Politik aufzukündigen. Ohne diese wäre Kohls Politik nicht denkbar gewesen.

Die allgemeine Bevorzugung des Revolutionsbegriffs erklärt sich aus dem Zusammenfallen verschiedener Interessen. Die Akteure der Bürgerbewegung sehen sich verständlicherweise lieber in den Rang von „Revolutionären“ erhoben denn

13 Friedrich Schorlemmer: Frieden vor Einheit sagen, zit. nach Peter Neumann (Hrsg.): Träumen verboten. Aktuelle Stellungnahmen aus der DDR, Göttingen 1990, S.54.

als naive, betrogene Verlierer oder korrumpierte Gewinner. Die tonangebenden Politik- und Sozialwissenschaftler wiederum möchten die Blamage ihrer Theorie über die angebliche relative Stabilität oder auch über den mörderischen Charakter der herrschenden kommunistischen Clique, die niemals friedlich ihre Macht aufgeben würde, kaschieren. Dass mit der Entstalinisierung der zutiefst humanistische Charakter marxistischer Theorie und Weltanschauung sich in einer zunehmenden Zivilisierung des Denkens, Handelns und der Herausbildung von Elementen einer sozialistischen Zivilgesellschaft äußerte, verstehen sie genauso wenig wie sie in der Lage sind zu erkennen, dass die sozial-ökonomische Struktur der DDR-Gesellschaft kein relevantes Gewaltpotenzial produzierte.

Entscheidend aber dürfte sein, dass durch die Erhebung der Wende zur ersten erfolgreichen, friedlichen demokratischen „Revolution“ der Anschluss der DDR an die BRD die Weihe eines anti-totalitären, anti-sozialistischen Aktes erhalten soll. Obwohl zwei Jahrzehnte vergangen sind, ist eine für Sozialisten/Kommunisten überzeugende Antwort auf die Frage, warum es zu einer „Erosion“ des kommunistischen Projekts kam, warum es keine rechtzeitige Umkehr aus der Sackgasse gab, warum die Wende nicht schlechthin als „Konterrevolution“ bezeichnet werden kann, noch immer nicht gegeben.

3. Der Weg in die Krise

Es ist wohl nicht notwendig, ein umfassendes Bild der Krise in ihren vielfältigen Erscheinungsformen und ihres Verlaufs nachzuzeichnen. Nur thesenartig sei die Sicht des Verfassers auf die Krise und ihre entscheidende Ursache begründet. Häufig wird die gesamte Zeit der SED-Herrschaft als eine einzige Krise angesehen. Ihre zeitlichen Etappen, ihre Bruchstellen werden meistens mit aneinandergereihten Jahreszahlen benannt: 1953, 1956, 1961, 1968, 1976, 1978, 1981, 1985, 1987 und schließlich 1989/90. Das halte ich für falsch, weil m. E. strikt zu unterscheiden ist zwischen den kritischen Situationen vor 1968 und denen ab 1976.

Bis dahin hatten wir es mit Entwicklungskrisen zu tun, Zeiten, in denen um die progressive Lösung entstandener Widersprüche gerungen wurde, schwierige Lernprozesse stattfanden und es danach mehr kleine Fortschritte als Rückschläge, noch keine Stagnation gab, und das unabhängig von der noch geltenden Bestandsgarantie der Sowjetunion. Schon nach Stalins Tod, dann deutlicher seit dem XX. Parteitag der KPdSU wurden mit der Überwindung der falschen These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes und mit der Begründung der Politik der friedlichen Koexistenz progressive zivilgesellschaftliche Entwicklungen auf den meisten Gebieten in Gang gesetzt.

Wer schon an den genannten Daten vor 1976 einen unausweichlichen Untergang festmachen will, hängt bewusst oder unbewusst einer eschatologischen Geschichtsideologie an, hält jede Alternative zum Kapitalismus oder „Liberalismus“ für eine Fehlentwicklung: Der ostdeutsche Versuch wird so zu einem „Betriebsunfall“ der deutschen Nationalgeschichte, ein Irrweg von Anfang an.

Eine Bruchstelle stellt in dieser Entwicklung allerdings das Jahr 1968 dar, das zu einem Schlüsseljahr wurde. Trotz der immer noch sichtbaren Rückstände gegen-

über dem „Goldenen Westen“ und seinem Lebensstandard gab es *bis dahin* in der DDR mehrheitlich noch Aufbruchstimmung, Zukunftszuversicht, Vertrauen und wachsende Mitarbeit und Engagement.¹⁴ Die wirtschaftlichen Zuwachsraten waren beachtlich, und der ökonomische Abstand gegenüber dem Westen wurde kleiner. 1968 fand erst- und einmalig in der deutschen Geschichte eine breite Volksaussprache über eine neue Verfassung statt, die in einer weitgehend repressionsfreien Volksabstimmung mit über 90 Prozent (bei einer ebenfalls über 90-prozentigen Wahlbeteiligung) angenommen wurde.

Die von Walter Ulbricht – von oben – eingeleiteten Reformversuche waren vielversprechend.¹⁵ Aber was sich mit der Ablösung Nikita S. Chrusčevs 1964 ankündigte, wurde mit der Zerschlagung des „Prager Frühlings“ in der bekannten Weise virulent: Die neue Moskauer Führung unter Leonid I. Brežnev und ihr Konzept verbauten den Weg zur selbstbestimmten Reform und Weiterentwicklung des frühsozialistischen Versuchs auch in der DDR. Das Herausbrechen der ČSSR aus dem Warschauer Pakt wäre auch ohne den gewaltsamen, *militärischen* Abbruch des gesellschaftlichen Erneuerungsversuchs zu verhindern gewesen. Im Rückblick kann man sagen: Das Jahr 1968 war einerseits der letzte Anlauf zur Reform eines Gesellschaftsmodells, das seine Entwicklungspotenziale bewiesen, aber nun ausgeschöpft hatte, und andererseits wurde der vielversprechende Versuch zur Überwindung des dogmatisierten Marxismus-Leninismus gewaltsam verhindert. Das dadurch bedingte Versagen der Theorie wurde zu einer wesentlichen Ursache der Reformunfähigkeit des Realsozialismus. Personell kann man dies an den Rücktritten bzw. dem Scheitern von Alexander Dubček (April 1969), von Walter Ulbricht (Mai 1971) und des ungarischen Wirtschaftsreformers Reszö Nyers (1974) festmachen. Mit Ulbricht wurde z. B. auch sein Bürochef, der Fritz-Behrens-Schüler Wolfgang Berger, ausgeschaltet, der gemeinsam mit Herbert Wolf und anderen die seinerzeitige Debatte um das Neue Ökonomische System (NÖS) angetrieben hatte.

Zu einem Zeitpunkt, als unter Führung der SED im Osten Deutschlands ein kleines Wunder, ein „zweites deutsches Wirtschaftswunder“ vollbracht worden war und als dessen Ergebnis die fast unglaubliche Tatsache zu konstatieren ist, dass es kaum zwanzig Jahre nach Faschismus und Krieg unter schwierigsten Bedingungen gelungen war, eine klare Mehrheit der DDR-Bevölkerung für den sozialistischen Weg, für die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen, begann zuerst fast unmerklich, bald immer schneller der Abstieg. Erst Ende der Siebzigerjahre wurde ein Bruch der inneren Entwicklung spürbar – der mit dem VIII. SED-Parteitag von 1971 eingeschlagene Kurs erwies sich nun als falsche „Wende“. Es entwickelten sich krisenhafte Zerfallsprozesse im Innern, verstärkt durch Krisenprozesse vor allem in Polen und der ČSSR, durch die mili-

14 Siehe Niemann, Meinungsforschung.

15 Siehe Norbert Podewin: Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner, in: Geschichtskorrespondenz, Nr. 3/14 (Juli 2008), S.15-19.

tärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, durch dramatische Verschlechterungen der weltwirtschaftlichen Lage und die Belastungen, die die Unterstützung befreundeter afrikanischer Länder und Kubas mit sich brachte. Hinzu kam die ökonomische Erschöpfung der Sowjetunion. Die US-Politik des Totrüstens trug ihre Früchte.

Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen der Computer-Revolution gelang nicht. Während die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976 eher nur bei Künstlern, Schriftstellern und Schauspielern Verweigerungseffekte und Kritik bis zur Ausreise bewirkte, spielte für erhebliche Teile der Parteiintelligenz und auch innerhalb des SED- und Staatsapparates die Wirtschaftspolitik eine viel größere Rolle. Viel fataler als die negativen Folgen der Ausbürgerung Biermanns bei Teilen der künstlerischen Intelligenz war, dass gegen ein beginnendes Rumoren vor allem innerhalb der Partei die innerparteiliche Disziplinierung verstärkt wurde. Das Statut der SED wurde ignoriert und verletzt. Das Sekretärsregime von oben nach unten setzte alle demokratischen Regeln außer Kraft, die innerparteiliche Debatte wurde stranguliert. 1988 stieg die Zahl der Parteiverfahren gegenüber 1987 um das Siebenfache auf über 23.000, die Ausschlüsse von 2.792 auf 4.419, und rund 11.000 Mitglieder traten aus.¹⁶ Obwohl immer offensichtlicher die Parteiführung in direktem Widerspruch zum Parteistatut und zur marxistisch-leninistischen Theorie handelte (was zunehmend bei den Gesellschaftswissenschaftlern debattiert wurde und sich sogar in dem Gemeinsamen Papier von SED und SPD von 1987 widerspiegelte), gab es ein hinreichend entwickeltes Krisenbewusstsein weder in der Gesellschaft noch innerhalb der SED, um einen „Paradigmenwechsel“ für überlebensnotwendig anzusehen.

4. Die Krisenjahre 1978, 1982 und 1987

Drei Jahre seien in der Entwicklung der Krise kurz hervorgehoben: 1978 und besonders 1982 und 1987.

Seit 1978 geriet die Wirtschaft in den Teufelskreislauf des Kapitaldienstes gegenüber westlichen Gläubigern. Um die Zahlungsfähigkeit der DDR aufrechterhalten zu können, wurden immer häufiger ökonomisch katastrophale Entscheidungen getroffen. Alles, was sich auf dem Markt des Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes (NSW) irgendwie verkaufen ließ, wurde exportiert (Rohstoffe, Erdölprodukte, Zement, Stickstoff, Kali, Eier, Butter und Fleisch, technische Konsumgüter). Das brachte die eigene Wirtschaft noch mehr in Schwierigkeiten. Die produktive Investitionsquote wurde laufend gesenkt, notwendige Importe gekürzt, neue Kredite zur Zinsbedienung und Schuldentilgung aufgenommen, nicht erfüllte Pläne im Nachhinein korrigiert usw. Die sowjetische Wirtschaftskrise wirkte mit ihren Folgen als Verstärker.

Während Honecker auf dem X. Parteitag 1981 verkündete, dass der Wirtschaftspolitik und dem Plan ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Verbrauch,

16 Siehe Dietrich Staritz: *Geschichte der DDR*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt/Main, 1996, S.353.

von Akkumulation und Konsumtion zugrunde liege, geriet die DDR schon ein Jahr später in ihre bis dahin tiefste ökonomische Krise und stand gegenüber dem Westen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.

Für Erich Honecker, Günter Mittag und Erich Mielke war es das wichtigste Anliegen, die tatsächliche Lage nicht nur vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, sondern jede Diskussion auch innerhalb der Partei zu verhindern. Dabei waren sich die verantwortlichen Fachabteilungen im „Großen Haus“ (dem ZK-Apparat) wie in der Regierung durchaus über den Ernst der Lage im Klaren. Sogar Mielke wurde durch eine umfassende Analyse davon in Kenntnis gesetzt. Ende Januar 1982 lagen ihm Schlussfolgerungen aus einer ökonomischen Gesamtanalyse vor, die eine hochkarätige, aus Spitzenfunktionären und Ministern zusammengesetzte Gruppe für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erarbeitet hatte.¹⁷

Darin hieß es eingangs mit aller Deutlichkeit, es bestehe die reale Gefahr, dass kurzfristig eine Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW eintreten könne und die Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt würde, dadurch wären Gefahrensituationen möglich, deren Bewältigung nicht zu gewährleisten wäre. Der Volkswirtschaftsplan sei nicht bilanzierbar, und der Fünfjahrplan könne seine bilanzierende und steuernde Funktion nicht erfüllen. Diese Lage sei durch innere objektive und subjektive Faktoren und äußere Einflüsse entstanden, wobei die inneren die entscheidenden seien. Das zielte auf Mittag und die voluntaristischen Entscheidungen und willkürlichen Eingriffe seines Apparates.

Obwohl in dem Konzept die inneren Faktoren als die entscheidenden Krisenursachen betrachtet wurden, kamen auch diese Verfasser zuallererst nur zu einem Lösungsvorschlag, der auf äußere Hilfe seitens der Sowjetunion setzen wollte. Diese sollte Schulden der DDR in Höhe von 20 Milliarden Valutamark (VM) übernehmen. Im Gegenzug würde die DDR durch die frei werdenden NSW-Exportkapazitäten diese Schulden plus Zinsen durch Warenlieferungen im Umfang von 30 Milliarden VM bis 1987 begleichen.

Da diesem Gremium natürlich die kritische Lage auch der Sowjetunion nicht unbekannt war, benannte es drei denkbare Alternativen:

1. Durch außergewöhnliche Anstrengungen werden der NSW-Export und seine Erlöse ausreichend gesteigert, um den Verpflichtungen nachzukommen, die Importe zu minimieren und die Ablösung durch Eigenleistungen zu sichern. Das Risiko einer schlechteren Versorgung der Bevölkerung und weitere Schwierigkeiten bei der materiellen Sicherstellung der Produktion wären dabei in Kauf zu nehmen.
2. Es gelingt, bei den westlichen Banken neue Kredite zu bekommen.
3. Die Zahlungsunfähigkeit wird in Kauf genommen, und die negativen Wirkungen wären zu minimieren.¹⁸

17 Siehe Hans-Hermann Hertle: Dokumentation: Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, in: DA, 2009, H. 3, S.476-495.

18 Ebenda, S.493f.

Es kam – wie bekannt – 1983 und 1984 zu den berühmt-berüchtigten Milliardenkrediten und zu weiteren verzweifelten Exportanstrengungen durch die Kommerzielle Koordinierung (KoKo), um alles, was sich verhöckern ließ, bis zur letzten Antiquität, zu verkaufen (von den beschämenden Häftlingsfreikäufen ganz zu schweigen). Günter Mittag ließ in der Presse mitteilen, es sei zu zeitweiligen „Rhythmusstörungen“ in der Wirtschaft gekommen. Die unter 1. und besonders die unter 3. genannte Alternative hatten keine Chance, denn das wäre einer Bankrotterklärung Honeckers und Mittags gleichgekommen und kaum ohne Führungswechsel vonstatten gegangen. Eine „Sonderperiode“ auszurufen, konnte sich Fidel Castro in Kuba nach 1989 leisten, die auch moralisch diskreditierte Honecker-Führung traute sich das nicht. Sie setzte weiter auf die inzwischen längst unglaubwürdig gewordene Erfolgspropaganda und hoffte, sich irgendwie „durchzuwursteln“, mehr oder minder nach dem Motto: „Nach uns die Sintflut!“

Aus den letzten Jahren vor dem Ende sei noch das Jahr 1987 hervorgehoben. Es wurde in politischer und vielleicht noch mehr in mentaler Hinsicht zu einem Schlüsseljahr, zum Beginn der Endkrise. Kurt Hagers auf die Perestroika Gorbatschows gemünzter Spruch vom April 1987, ein Tapetenwechsel sei unnötig, selbst wenn der Nachbar dies täte, bedeutete das Ende der Hoffnung auf eine offene Debatte.

Am 12. Juni forderte US-Präsident Ronald Reagan in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor von Gorbatschow: „Open this Wall!“ Die Ausstrahlung des Evangelischen Kirchentags wie des X. Schriftstellerkongresses der DDR verstärkten Unsicherheit und Depravation bei immer breiteren Schichten.

Im August wurde das schon genannte gemeinsame Papier von SED und SPD veröffentlicht und verunsicherte große Teile des Parteiapparats. Hoffnungen, Illusionen und Zweifel an der Autorität der Parteiführung verstärkten sich, als keinerlei erwartete Schritte folgten. Die steigende Flut an Ausreiseanträgen konnte nicht gebremst werden, obwohl fast 17.000 Bürger die DDR verlassen durften. Besuchsreisende konnten seit dem 1. Juli nur noch 15,- DM (statt 70,-) eintauschen. Über westliche Medien wurde die Forderung des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel verbreitet, es müsse möglich sein, dass Ostberliner Jugendliche zu Rockkonzerten nach Westberlin kommen dürfen. (Vor dem Reichstag hatte ein großes Open-air-Konzert stattgefunden. Etwa 2.000 Fans waren an der Grenze gekommen und riefen: „Die Mauer muss weg“ und skandierten „Gorbi, Gorbi“.) Die Jubelfeier zum 750. Jubiläum Berlins wurde in den anderen Bezirken der DDR angesichts ihrer Probleme sehr negativ aufgenommen. Am 13. August demonstrierten auf beiden Seiten des Brandenburger Tores Hunderte vor allem Jugendliche für Reisefreiheit. Der Olof-Palme-Gedenkmarsch zu Ehren des im Vorjahr ermordeten schwedischen Premiers im September quer durch die DDR verstärkte Irritationen und ermutigte die DDR-Bürgerbewegung, sich den öffentlichen Raum zu erobern.

Die BRD-Reise Honeckers – schon deren Ankündigung im Juli – weckte, wie die Informationsberichte des MfS dokumentieren,¹⁹ neue und große Erwartungen hinsichtlich des Reiseverkehrs und wirtschaftlicher Hilfe. Zehntausende Ausreisetragssteller erwarteten nun eine rasche Bewilligung. Erich Honecker verkündete: Es werde der Tag kommen, an dem Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden wie die zwischen der DDR und Polen. Später, im Januar 1989, hieß es dann: Die Mauer werde noch 50 oder 100 Jahre bestehen, wenn die Bedingungen sich nicht änderten, die zu ihrer Errichtung geführt hätten. Im BRD-Fernsehen wurde eine (von der „taz“) nachgemachte Titelseite des „Neuen Deutschland“ gezeigt – mit der Schlagzeile: „Erich, nimm uns mit!“

Die auch in den DDR-Zeitungen veröffentlichte Rede Kohls beim Honecker-Besuch (mit seiner Replik zur „Einheit und Freiheit aller Deutschen“) sowie der Besuch Honeckers in seiner saarländischen Heimat brachten – so MfS-Berichte – besonders bei Jugendlichen „illusionäre Vorstellungen“ zur sogenannten „Wiedervereinigungsproblematik“ hervor.²⁰ Auch über die verbreitete Verweigerung eingeforderter zustimmender Leserbriefe in der SED-Mitgliedschaft und erste Austritte wurde berichtet. War es das Ziel gewesen, mit dem Staatsempfang in Bonn zu demonstrieren: „Die Teilung Deutschlands hat sich vollendet. Der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR in Bonn ist dafür die Affirmation“,²¹ so war die Wirkung eher gegenteilig.

1987 erreichten die mentale Abwendung, die Resignation immer breitere Schichten. Verbitterung und Zynismus innerhalb der SED-Mitgliedschaft wuchsen, und in den oppositionellen Grüppchen keimte neue Zuversicht. Ihr Netzwerk mit bis dahin kaum mehr als 500 Mitgliedern erlangte mit einem Zuwachs von rund 2.000 Sympathisanten eine neue Qualität.

5. Der Untergang der DDR

Der Exodus vor allem jüngerer Menschen im Sommer 1989 steigerte sich zur Massenhysterie. Die entstehende Gefühlslage hatte einen längeren Vorlauf, und so kam es zum „Sieg der Bilder“. Anders kann man das nicht bezeichnen, denn es waren ja nicht völlig neue reale Umstände oder überraschende Ereignisse eingetreten, wie eine Kriegsgefahr, Hunger, eine plötzliche gravierende Verschlechterung der materiellen Lage der Massen oder ein Blutbad der Herrschenden es hätten sein können, sondern es waren vor allem und zuerst Gefühle, Zweifel und enttäuschte Hoffnungen, die die Massen weg- oder auf die Straßen trieben. Die entsetzliche Medienpolitik Honeckers und die unglaublich inszenierte Öffentlichkeit hatten die Empörung und Abwendung rasant wachsen lassen. Die Botenschaftsbesetzung in Prag und der Wahnwitz der Ausreise über Dresden durch

19 Siehe Siegfried Suckut: Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987. Wie die DDR-Bevölkerung darüber dachte. Erkenntnisse des MfS, in: DA, 2007, H. 5, S.855-858.

20 Ebenda, S.857.

21 Neues Deutschland, 7.9.1987.

die DDR schaukelten die Gefühle noch weiter hoch und zeigten, dass Honecker auch vom massenpsychologischen Faktor in der Politik nicht das Geringste verstand. Der Hallenser Psychologe Hans-Joachim Maaz beschrieb sehr treffend in seinem Buch „Der Gefühlsstau“, wie gegenüber dem Ausbruch dieser angestauten Gefühle eine rationale Debatte nun keine Chance mehr hatte.

Massenflucht und Massenprotest waren gespeist aus allgemeiner Unzufriedenheit mit den Zuständen wie aus der millionenfachen „Intershop-Erfahrung“, dass sich nur mit Westmark alle Versorgungs-Probleme lösen lassen. Es gibt Autoren, die den DM-Umlauf innerhalb der DDR 1988 umgerechnet auf den Schwarzmarktkurs auf 62 Prozent des gesamten Geldumlaufs beziffern.²²

Aus diesen ganz profanen wirtschaftlichen Gründen erwuchs Ende 1989 der Schrei „Wir sind ein Volk“, ein aus der ökonomischen Krise gespeister DM-Nationalismus. Über die Krisenjahre hinweg war durch die bunte Konsumwelt des Westfernsehens und Westreise-Erzählungen bei breiten Schichten die in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten gewachsene eigene – wenn auch nur unzureichend verinnerlichte – DDR-Identität erodiert.

Mit zunehmender Schärfe hatte sich seit Mitte der Achtzigerjahre ein Bündel von Krisensymptomen entwickelt.

auf wirtschaftlichem Gebiet:

- der wachsende Rückstand auf technologischem Gebiet und bei der Arbeitsproduktivität,
- der Mangel an Innovationsfähigkeit infolge der zu geringen, auf acht Prozent gesunkenen produktiven Investitionsquote,
- der rapide Verschleiß der Infrastruktur,
- die Inkaufnahme immer größerer ökologischer Belastungen vor allem in den Ballungsgebieten (nicht ganz zufällig begannen die Massenproteste in den Südbezirken und in ökologisch besonders belasteten Städten wie Leipzig, Halle oder Plauen),
- die enorme Verschuldung bei westlichen Banken und die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von der BRD (Transferzahlungen, Swing, Kredite, EG-Präferenzen),
- der Bevölkerungsschwund durch Weggang insbesondere von qualifizierten Arbeitskräften (seit 1949 verließen 4,5 Millionen Menschen die DDR),

auf sozialem Gebiet:

- die akuten Versorgungsmängel und -krisen,
- der Rückgang des Reallohniveaus (die Kaufkraft sank seit 1983 durch jährliche Preissteigerungen von rund 2,5 Prozent, was von Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht aufgefangen wurde),
- die Inkaufnahme einer illegalen zweiten Währung (Intershop, Genex),
- die Zunahme des Kaufkraftüberhangs auf etwa 15 Milliarden Mark,

²² Siehe André Steiner: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, S.116.

auf geistig-kulturellem Gebiet:

- der Verlust jeder Hegemonie sozialistischer Ideologie und Kultur und die Überlagerung des kulturellen Lebens und der Unterhaltung durch westliche Werte und deren wachsende Einflüsse auf die Lebensweise vor allem jüngerer Menschen,
- die Absage an die Einheit der deutschen Nation und die Propagierung eines Zwei-Nationenkonzepts, was ein ideologisches Vakuum hinterließ. Dieses Vakuum begünstigte die Entwicklung im Wendeprozess, sodass die soziale und demokratische Frage rasch von der vordergründig nationalen überlagert wurde,
- die Abkehr immer größerer Teile der Intelligenz und Künstlerschaft von der DDR,
- die verstärkte Instrumentalisierung der Gesellschaftswissenschaften zur apologetischen Verfälschung der Wirklichkeit,
- die Verstärkung von Versuchen, systemkritisches und alternatives Gedankengut zu unterdrücken,

auf politischem Gebiet:

- die Unfähigkeit zur demokratischen Weiterentwicklung der Block- bzw. Bündnispolitik und nichtautoritärer Herrschaftsformen,
- die Verstärkung von Repressionsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Kräften,
- die Missachtung der gewählten Volksvertretungen bis hin zur Wahlfälschung,
- die Aufkündigung bisheriger internationalistischer diplomatischer Zusammenarbeit und Abstimmung.

Die Krise in den Achtzigerjahren signalisierte, dass es mit dieser SED auf Dauer keine DDR mehr geben würde. Als das nach der BRD-Reise Honeckers 1987 und dem Sputnik-Verbot im November 1988 immer mehr SED-Mitglieder und -Funktionäre erkannten, war es zu spät. Die kopflose Grenzöffnung war nur noch der spektakuläre Schlussakkord einer hilflosen Kakophonie der alten Führung.

Bei einer 2,3 Millionen Mitglieder umfassenden Massenpartei war es unvermeidlich, dass die Krise der Gesellschaft sich genauso auf die Parteimitgliedschaft auswirkte. Mit dem mehr oder minder sichtbaren Ausbruch der Krise bestätigte sich, was sensible Mitglieder und Funktionäre schon länger ahnten und befürchteten, aber nicht verhindern konnten.

Über die Jahre hinweg hatten sich – wie Erhard Crome m. E. ziemlich zutreffend in seinem Beitrag im Sammelband „Das letzte Jahr der DDR“ schildert – drei Gruppen bzw. Strömungen in der SED herausgebildet.²³

23 Siehe Erhard Crome: Politische Konstellationen des Umbruchs: Bürgerbewegungen, SED und ‚Blockflöten‘, in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S.141-146.

Die erste Gruppe bildeten die „Überzeugungstäter“, weltanschauliche Idealisten, die an die marxistische Theorie und die sozialistische Bewegung glaubten und an der Hoffnung festhielten, mit und durch die Partei das verkündete Ziel verwirklichen zu können. Sie waren längst auf Distanz zur Politik der Honecker-Führung gegangen und hofften auf eine biologische Lösung als Voraussetzung für eine Kurskorrektur, einen Neuanfang.

Die zweite Gruppe bestand aus den Zynikern, Mitgliedern, die in aller Regel einst an die programmatischen Ziele geglaubt hatten, aber, von der Entwicklung enttäuscht, diesen Glauben verloren hatten. Doch funktionierten sie weiter, vertraten öffentlich die jeweilige Linie, über die sie sich intern lustig machten oder verbittert verhöhnten. Im Interesse ihrer eigenen Privilegien verfolgten sie skrupellos Kritiker wie von der Führung erwartet.

Die dritte Gruppe setzte sich aus den reinen Karrieristen zusammen, die nur solange bereit waren, der Parteilinie zu folgen, wie die Machtverhältnisse das geraten erscheinen ließen.

Stefan Bollinger schrieb. „Die Diktatur versagte. Parteiallmacht, Machtmissbrauch, Machtblindheit, Konfliktscheu, Scheitern der Wirtschaftspolitik waren dafür die Stichworte, die von vielen Beteiligten erst in der Konfliktsituation als solche erkannt wurden, obwohl es nicht nur und nicht in erster Linie westliche Kritiker waren, die schon lange die Schwachstellen des östlichen Gesellschaftsmodells benannten. Seit Rosa Luxemburg, Karl Kautsky [an dessen Stelle setze ich Otto Bauer ein, da Kautskys Kritik – wie die von Hilferding – nicht von sozialistischen Positionen aus erfolgte – H. N.], Leo Trotzki, Nikolai Bucharin, Antonio Gramsci und den Reformökonomen der fünfziger/sechziger Jahre war dies immer wieder auch in der innersozialistischen Kritik geäußert – letztlich aber totgeschwiegen und unterdrückt“ worden.²⁴ Einige Vertreter des „Eurokommunismus“ wären auch noch zu nennen. Insgesamt hat Rosa Luxemburgs Befürchtung (und ihre seinerzeit sicher etwas naive, ahistorische Kritik an den Bolschewiki des Jahres 1918) sich auf längere Sicht leider bitter bestätigt. Angelehnt an ihre Formulierung lautet dieses Fazit: Ohne freien Meinungskampf erstirbt das Leben in der Partei, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Einige Dutzend Parteiführer dirigieren und regieren, und eine Elite der Anhängerschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur nicht des Proletariats, sondern einer Handvoll Politiker.²⁵

24 Stefan Bollinger: Die finale Krise. Ein Problemaufriss, in: ebenda, S.12-54, hier S.16.

25 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.362f.